

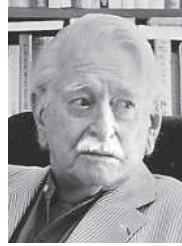
*Klaus Harpprecht*

## Ein morgenländischer Traum

Es ist nicht an uns Deutschen, Israel und seine Regierenden mit Ratschlägen über die politischen Strategien heimzuseuchen, die nach unserer Einsicht dem Wohl des Landes und dem Verlangen nach einem gesicherten Frieden am ehesten dienen, ob schon zum anderen nicht ausgemacht ist, dass die Verantwortlichen in Jerusalem dies selber am besten wissen. Daran sind Zweifel erlaubt. Nur: Von uns wollen sie nicht belehrt werden, erst recht nicht über die moralische Qualität ihres Handelns und Nicht-Handelns. Der schlichte Takt verbietet uns jedes Urteil, das vermutlich als Anmaßung empfunden würde. Außerdem fände es kaum Gehör.

Zum anderen: Niemand kann es uns untersagen, uns um das Geschick des Landes zu sorgen, das dem unseren auf so tragische Weise verbunden ist. Ja es ist geradezu eine Pflicht, uns die Köpfe zu zerbrechen, wie Israel und seine Nachbarn zu einer friedlichen Koexistenz finden könnten, ja am Ende sogar zu Formen der Kooperation, die den israelischen Bürgern die Sicherheit ihres Staates und ihren arabischen Partnern eine Befreiung aus dem permanenten Elend von Millionen und Abermillionen Menschen versprechen. Das Träumen kann uns keiner verbieten – nicht einmal wir selber: das Hoffnungsträumen, das Alpträumen, das Wahrträumen.

Die Befreiungsbewegung, die wie ein emotionaler Tsunami seit der Revolution in Tunesien durch nahezu alle Territorien der nordafrikanischen und arabischen Welt brandet, scheint – anders als das mörderische Großmaul Gaddafi behauptet – nirgendwo von islamistischen Sekten à la



**Klaus Harpprecht**

(\* 1927) ist Mitherausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war u.a. Berater von Willy Brandt. 2009 erhielt er den Lessing-Preis der Stadt Hamburg. Bei *S. Fischer* ist soeben erschienen: *Arletty und ihr deutscher Offizier*.

Al-Qaida gesteuert zu sein. Nirgendwo riefen die protestierenden Massen, die tagaus und nachtein auf den Plätzen der großen Städte bis hinüber zum entlegenen Jemen und nach Norden bis ins Herz von Syrien rebellieren, zu einem Rachefeldzug gegen Israel auf. Der Konflikt mit dem Judenstaat scheint – wenigstens für diesen geschichtlichen Augenblick – dem Bewusstsein der Demonstranten entglitten zu sein.

Umso mehr drängt sich der Verdacht auf, dass der Hass gegen die Israelis von den Herrschenden – bis zu einem gewissen Grade – als ein Entlastungsmanöver inszeniert worden ist, um von der Willkür ihrer Machtausübung, vom Mangel an jeglichen Rechten, von der brutalen Unterdrückung jeder Opposition, von der wuchernden Korruption, von der obszönen Häufung des Reichtums auf den Schweizer oder Liechtensteiner Konten der regierenden Ausbeuter und der wachsenden Not der Völker abzulenken, denen ihre Kommandeure keine Visionen für eine bessere Zukunft, keine Fortschrittsplanung, keine konkrete Hoffnung anzubieten hatten.

Indes, Freunde in Jerusalem berichteten, dass ein hoher israelischer Militär auf die Frage, was er vorziehe, die Freiheitsbewegung der islamisch-arabischen Nachbarn

oder eine berechenbare Stabilität, sich ohne das geringste Zögern für die Stabilität der autokratischen und diktatorischen Regime entschieden habe. Der General müsste wissen, dass die (vermeintlich) kalkulierbare Stetigkeit der autoritär regierten Staaten plötzlich wanken kann – siehe den Polizei- und Militärstaat des närrischen und zugleich so durchtriebenen Monsters Gaddafi oder die Erbdiktatur Assads in Damaskus.

Die israelische Regierung freilich, die Abgeordneten der Mehrheitsparteien, die Wortführer der Medien schienen den dramatischen Umbruch in der nah- und mittelöstlichen Welt unbewegt zu beobachten. Kein Wort der Solidarität und der Ermutigung für den Aufstand der unterdrückten

Völker. Keine und keiner der verantwortlichen Damen und Herren schien auf die Idee zu kommen, dies könne der Augenblick einer weltgeschichtlichen Chance sein. Nicht Präsident Peres, der sich zu Recht als der letzte Zeuge der Gründergeneration und ihrer Nachfolger betrachtet. Nicht einmal die letzten Mohikaner der Arbeiterpartei, die einst der altneuen Heimat ihres Volkes das Gepräge gaben.

### **Allianz für den Fortschritt – Koalition für die Freiheit**

Niemand schien zu erwägen, dass es lohnend sein könnte, wenn Israel zur Formierung einer »Koalition der Freiheit« aufriefe, womöglich zusammen mit seinen Freunden in Europa. Wenn das mächtige kleine Land, dessen Wirtschaft (trotz der permanenten Krisen) eine erstaunliche Vitalität beweist, seine ökonomischen Energien und seine hoch entwickelte Technologie in den Dienst einer Allianz für den Fortschritt stellte. Wenn es als Basis einen Fonds nach dem Vorbild des Marshall-Planes etablierte, dessen Exekutiv- und Kontrollgremien paritätisch von Israeli und Arabern (einschließlich Palästinensern) zu besetzen wären, präsiert von drei Vertretern neutraler Staaten, deren Stimmen im Fall einer gegenseitigen Blockade den Ausschlag gäben.

Der gemeinsame Wille, die Arbeits- und Wirtschaftskraft der Region zu bündeln, erlaubte die Entwicklung großer Projekte – zum Beispiel den Aufbau von riesigen Feldern für Sonnenenergie, die es den Europäern auf lange Sicht möglich machten, sich von der Nuklear-Energie zu lösen, ohne in eine alternativlose Abhängigkeit von russischen – oder von Moskau kontrollierten – Gaslieferungen zu geraten. Die Mitgliedsstaaten gewannen durch die Energieanlagen ein stetiges Einkommen und damit die Mittel für den Aufbau anderer Industrien und die Modernisierung

der Landwirtschaft – vor allem aber für die Ausbildung junger Talente und für eine bescheidene Annäherung an einen humanen Standard in der Versorgung der Armen.

Israel könnte in dieser Koalition beweisen, dass es kein Fremdkörper in der nahöstlichen Welt ist, sondern ihr zugehört. Das setzte, kein Zweifel, den Beweis der Friedensbereitschaft aller Beteiligten voraus. Die Palästinenser (auch die Hamas) müssten sich endlich zum Existenzrecht des jüdischen Staates bekennen und die Terroristen – soweit es denn menschenmöglich ist – durch scharfe Kontrollen neutralisieren. Israel müsste sich endlich zur Bildung eines palästinensischen Staates bereit finden, der den Namen eines Staates verdient und nicht durch exterritoriale Straßen und Militärstützpunkte dutzendfach zerschnitten ist. Das Gros der Siedlungen müsste geräumt werden, auch gegen den Widerstand der Kolonisten – aus-

genommen die neuen Vorstädte Jerusalems. Der palästinensische Staat hätte das Recht, die repräsentativen Organe in seiner Hauptstadt Ost-Jerusalem zu etablieren. Alle Beteiligten garantierten – mit einigen notwendigen Korrekturen – die Grenzen von 1967, gestützt auf einen Sicherheitspakt mit den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union.

In der Tat könnte die »Koalition für die Freiheit« durch ein Rahmenabkommen mit Europa, Amerika, vielleicht sogar Russland eine internationale Autorität gewinnen, die unsere westliche Furcht vor dem chronischen Chaos der arabischen Welt bannen und die wachsende Isolierung Israels aufheben würde. Ein Schimmer der Hoffnung kehrte in die Region zurück – jener Hoffnung, auf die sich in Wahrheit die Existenzfähigkeit Israels und damit die Erfüllung eines Menschheitstraumes gründen. Nein, diesen Traum kann uns niemand verwehren, nicht einmal die eigene Skepsis.

Werner A. Perger

## Populismus, Identität und Gemeinschaft in Zeiten der Unsicherheit

### Die kulturelle Herausforderung für die Soziale Demokratie

*Die sozialdemokratischen Parteien leiden einerseits unter einem Vertrauensverlust in ihren klassischen Milieus, Uneinigkeit besteht noch über dessen Ursachen. Andererseits schwappt eine neue national-populistische Welle der Aufklärungsfeindlichkeit über die demokratischen Gesellschaften. Wie soll die Soziale Demokratie damit umgehen? Ein FES-Seminar beteiligte sich im Rahmen des so genannten Amsterdam-Prozesses an der Suche nach einer progressiven Strategie.*

Vergleichsweise unstrittig ist der Befund, dass die Basis für progressive Parteien zunächst ohne deren Zutun aus objektiven Gründen geschrumpft ist, nachdem seit den 50er Jahren der Anteil des klassischen Arbeitermilieus an der Gesamtgesellschaft sowie an der Wählerschaft der Mitte-Links-Parteien zurück geht. Neue Aufstiegsmöglich-



Werner A. Perger

(\* 1942) promovierter Jurist, ist freier Journalist und Autor, schreibt hauptsächlich für *DIE ZEIT*. Er beschäftigt sich vor allem mit der Diskussion politischer Ideen und Programme in Europa und mit Problemen der Demokratie. Er lebt und arbeitet in Berlin.

perger@zeit.de